

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: Ausgabe vom 04.07.2017, Seite 1 / Ausland

(AFP/jW)  
06.07.2017

## Effizientere Mordwerkzeuge

*SIPRI-Bericht: Die Zahl der Atomwaffen nimmt zwar ab, aber deren Zerstörungspotential steigt*



*Protest gegen Atomkraft: Demonstrant in Tokio am 11. September 2011*

Foto: EPA/TOMOYUKI KAYA

Der aktuelle Bericht des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) hat es in sich. Die Zahl der Atomwaffen ist im vergangenen Jahr zwar leicht gesunken, doch die neun Nuklearmächte investieren nach Erkenntnissen des Friedensforschungsinstituts Beträge in Milliardenhöhe in die »Effizienzsteigerung« dieser Massenvernichtungswaffen.

Allein die USA wollten bis 2026 mehr als 400 Milliarden US-Dollar – 350 Milliarden Euro – für ihre atomare Rüstung ausgeben, heißt es in dem am Montag veröffentlichten Report [»Trends in World Nuclear Forces 2017«](#).

Weit mehr als 90 Prozent der 14.935 vom SIPRI erfassten Atomsprengköpfe befinden sich im Besitz der USA und Russlands. Die Arsenale der übrigen sieben Staaten mit Kernwaffen fallen demgegenüber weit kleiner aus. Im mittelfristigen Trend verringert sich – auch auf Grund von Abrüstungsabkommen – weltweit die Zahl der Atomwaffen. Doch gleichzeitig nimmt ihr Zerstörungspotential zu.

Kritik übte die abrüstungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Inge Höger. »Es ist schon schlimm genug, dass die Atommächte an ihren Kernwaffen festhalten – aber die Modernisierung der Arsenale ist mehr als bedenklich und lässt nicht auf ernsthaften Abrüstungswillen schließen«, erklärte Höger am Montag. Nicht unbegründet, denn keiner der Nuklearwaffen besitzenden Staaten beabsichtige, diese in absehbarer Zeit aufzugeben, wie es in dem SIPRI-Bericht heißt.

Ein wirksames Mittel gegen diese Menschheitsbedrohung wäre das generelle Verbot. Mehrere Länder fordern ein solches und verlangen einen entsprechenden UN-Vertrag. Am 15. Juni begann in New York die zweite Verhandlungsrunde, die noch in dieser Woche zu Ende gehen könnte. Indes sperren sich die Atomwaffenstaaten. Doch auch solche ohne eigene Nuklearwaffen, wie die Bundesrepublik, bleiben den Gesprächen fern. Berlin folgt damit den Maßgaben des westlichen Militärbündnisses NATO. Gleichzeitig sind auch hierzulande noch immer US-Atombomben in Büchel stationiert, wogegen die Friedensbewegung in der vergangenen Woche erneut protestiert hatte.